



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Steigende Preise, weitere Kriegsgefahr: Lassen wir nicht zu, dass wir Arbeitenden den Kopf für ihr wahnsinniges System hinhalten!

Noch am Dienstag hatte Trump gedroht, den Iran „in die Steinzeit zu bombardieren“. Und so haben wohl alle aufgemerkt, als sie Mittwoch morgen einen Waffenstillstand verkündet haben. Doch die israelische Regierung führt ihren Krieg gegen den Libanon weiter. Sie hat noch am selben Tag zahllose Häuser in Schutt und Asche gebombt und über 250 Menschenleben ausgelöscht. Niemand weiß, wie es weitergeht. Wird der Krieg eskalieren? Oder wird es doch noch eine echte Waffenruhe geben?

Eins ist sicher: Trumps und Netanjahus Krieg hat bereits so viele neue Brandherde geschaffen, dass selbst ein Waffenstillstand im besten Fall eine Atempause vor dem nächsten Krieg ist. Ein Krieg, an dem dann auch Deutschland beteiligt sein dürfte. Schließlich hat Kanzler Merz, nachdem er den Krieg anfangs scharf kritisiert hatte, sich ziemlich schnell an Trumps Seite gestellt und sogar bereits angekündigt, gegen den Iran künftig auch die Bundeswehr in die Straße von Hormus zu schicken.

Und sicher ist auch, dass der Preis-Angriff auf uns weitergehen wird, selbst wenn die Straße von Hormus geöffnet werden sollte. Die Öl-Konzerne haben bereits erklärt, dass sie noch viele Monate lang höhere Preise verlangen werden: Unter dem Vorwand, dass es Zeit brauche, bis sich der Schiffsverkehr normalisiert habe und die Kriegsschäden an den Raffinerien beseitigt seien. Mit den Preiserhöhungen waren sie deutlich schneller. Gleich vom ersten Tag des Krieges, als alle Öl-Lager noch voll waren, haben sie die Preise in die Höhe getrieben. Und seitdem haben sie jede Schreckensnachricht genutzt, um sie noch weiter zu erhöhen.

Total, BP, Shell und Co. haben so in fünf Wochen Krieg ihre Gewinnmarge um 300% gesteigert! Und diese sprudelnde Geldquelle wollen diese Kriegsgewinnler und Spekulanten noch so lange wie möglich auskosten.

Sie wissen, dass anhaltende hohe Ölpreise dazu führen werden, dass ALLE Preise steigen, die Kaufkraft zurückgeht und damit ihre Weltwirtschaft in die nächste Krise rutscht. Doch für die verantwortungslosen Konzernbosse gilt: Nach mir die Sintflut!

Im Bundestag diskutieren Regierung und Opposition nun darüber, angesichts der hohen Preise – eventuell, vielleicht – einzelne Steuern zu senken. Doch dann stellt sich noch immer die Frage, wer diese Steuer-Senkungen bezahlt. Wenn sich der Staat das Geld stattdessen dadurch reinholt, dass er noch mehr bei unserer Gesundheit und Rente spart, haben wir nichts gewonnen. Letztlich steht am Ende immer die Frage: Wer zahlt? Wir Arbeitenden – oder die reichen Kapitalisten, die in diesem System an den Schalthebeln der Macht sitzen, von ihm profitieren und für deren Interessen, für deren Konkurrenzkampf und Profit Staatschefs wie Trump letztlich die Kriege führen.

Für die wortführenden Parteien steht die Antwort fest. Auch nur den Öl-Konzernen Höchstpreise an der Tankstelle aufzuzwingen, wie es einige Länder machen, kommt für sie nicht in Frage. Selbst die harmlose Übergewinnsteuer, die den Öl-Konzern nur einen Bruchteil ihrer Mega-Gewinne nehmen würde, lehnen CDU und AfD ab: Man dürfe die Konzerne ja nicht am Profitmachen hindern.

Damit ist klar: Wenn wir die großen Parteien – von SPD bis AfD – machen lassen, halten am Ende immer wir Arbeitenden den Kopf hin. Lassen wir das nicht zu!

Unsere Politiker erzählen uns doch ständig, dass wir uns darauf vorbereiten müssten, uns gegen die „Irren“ zu verteidigen, die uns erpressen und mit Krieg bedrohen. Nehmen wir sie beim Wort und rüsten uns dafür, uns gegen die irren und gefährlichen Kapitalisten zu verteidigen!

Wir müssen durchsetzen, dass die Gewinne der Öl-Konzerne, Spekulanten und andere Großkonzerne für die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung beschlagnahmt werden. Da sich der Anstieg der Spritpreise noch länger unweigerlich auf alle anderen Preise auswirken wird, müssen wir außerdem durchsetzen, dass unsere Löhne, Renten und Sozialleistungen jeden Monat automatisch um dieselbe Summe steigen wie die Preise.

Die Konzernbosse wirken mit ihrem vielen Geld und ihrer Macht allmächtig und unangreifbar, und sie halten sich auch dafür. Doch der Schein trügt. Der jüngste Krieg zeigt es doch!

Trump hatte erwartet, dass er mit der gigantischen militärischen und wirtschaftlichen Übermacht der USA jedes Land und jede Bevölkerung in Kürze unterwerfen könnte. Stattdessen hat sich an der Straße von Hormus gezeigt, wie schnell selbst die größte Weltmacht in Bedrängnis gerät, wenn man sie an ihrer empfindlichsten Stelle trifft: wenn ihre Produktion, ihre Profitmaschine ins Stocken zu geraten droht.

Daraus können wir etwas lernen. Denn wir Arbeitenden haben mehr als nur die Fähigkeit, eine Handelsstraße zu blockieren. Wir können die gesamte Wirtschaft in kürzester Zeit zum Stillstand bringen. Denn ohne unsere Arbeit läuft nichts. Besser noch: Die Arbeiterklasse ist in der Lage, die gesamte Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu organisieren und zu betreiben.

Die Regierung redet heute viel davon, dass die Wirtschaft „unabhängig“ werden müsse. Doch von einem sind die Konzernbesitzer immer abhängig: davon, dass wir für sie arbeiten. Das ist unser großes Machtmittel.

Umso mehr, da wir von ihnen nicht abhängig sind. Wir Arbeitenden können die Betriebe auch ohne die Großaktionäre betreiben und leiten, und sogar viel besser als sie.

Ungarn: Und was passiert nach der Wahl?

Der ungarische Ministerpräsident Victor Orbán hat alles aufgefahren, was er konnte: US-Präsident Trump, Alice Weidel, Marine Le Pen... Alle Größen der extremen Rechten haben für seine Wiederwahl geworben. US-Vizepräsident D.J. Vance reiste sogar persönlich an, um für Orbán Wahlkampf zu machen.

Dieses Aufgebot hat er auch nötig. Denn die Parlamentswahlen am 12. April könnten schwierig für ihn werden.

Orbán wirbt damit, Ungarn weiterhin aus dem Krieg in der Ukraine herauszuhalten – während die Oppositionspartei sich an der Seite von NATO und EU engagieren will. 2022 konnte er mit diesem Versprechen die Wahl gewinnen.

Denn viele wollen in dem Krieg neutral bleiben. Nicht nur, weil sonst eine Explosion der Gaspreise droht, das derzeit zu 80% von Russland geliefert wird. Sondern auch, weil Ungarn direkt an die Ukraine grenzt und viele Sorge haben, militärisch in den Krieg gezogen zu werden.

Doch es ist nicht sicher, dass seine Friedens-Propaganda diesmal ausreichen wird. Umso mehr, da auch Orbáns Regierung das Land auf Krieg vorbereitet. Der Militärhaushalt wurde erhöht, und Orbáns Regierungssprecher erklärte, er würde „in Erwägung ziehen“, Soldaten in den Iran zu entsenden, falls Trump ihn darum bitte.

Auch das Image als „Vertreter des kleinen Mannes“, das Orbán wie die AfD kultiviert, nehmen ihm immer weniger ab. Schließlich sind die Löhne und Lebensbedingungen kontinuierlich schlechter geworden. Und in allen Auseinandersetzungen stand Orbáns Regierung systematisch auf Seiten der Industriebosse.

Als 2023 zum Beispiel bekannt wurde, dass das große Samsung-Batteriewerk in Göd bei Budapest Arbeiter und Bevölkerung vergiftete, entschied die Regierung NICHTS zu unternehmen. Der Schutz der Profite war wichtiger. Erst Proteste der Bevölkerung zwangen den Konzern, etwas Geld zu investieren, um Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Von solchen Kämpfen hat die Bevölkerung in jedem Fall mehr zu erwarten als von den Wahlen. Denn die einzige Oppositionspartei dort ist... eine Abspaltung von Orbáns Partei.

Die Medien in Deutschland sind sich dennoch nicht zu blöd, die Wahl als „historisch“ darzustellen und den Spitzenkandidaten der Opposition, Péter Magyar, als große demokratische Hoffnung. Dabei war Magyar noch bis vor wenigen Jahren führender Politiker in Orbáns Partei, und in seiner Hetze gegen Migranten steht er Orbán in nichts nach. Dies hat die als links geltenden Parteien nicht davon abgehalten, alle zu seiner Wahl aufzurufen – und Péter Magyar damit zur einzigen „Alternative“ zu Orbán zu machen.

Auch ein Teil des Bürgertums unterstützt Magyar, der offen für die Interessen des Kapitals eintritt. So hat er als seinen Kandidaten für das Amt des Energie- und Wirtschaftsministers... einen ehemaligen Vizepräsidenten von Shell ernannt.

Die reichen Kapitalisten im In- und Ausland werden also in jedem Fall die eigentlichen Gewinner der Wahl sein. Die Lebensbedingungen der Arbeitenden ebenso wie demokratische und fortschrittliche Entwicklungen werden sich in sozialen Kämpfen entscheiden.

Israel: Todesstrafe... nur für Palästinenser

Das israelische Parlament hat ein Gesetz zur Todesstrafe für „Terroristen“ gebilligt. Es sieht vor, dass Palästinenser, die wegen einer tödlichen „terroristischen“ Attacke schuldig gesprochen werden, quasi verpflichtend zum Tode verurteilt werden. Und die Strafe muss dann innerhalb von 90 Tagen exekutiert werden. Das Gesetz verbietet sogar Begnadigungen oder dass man gegen das Todesurteil Widerspruch einlegt.

Die Befürworter des Gesetzes feierten noch im Parlament ihren Sieg mit Champagner. An ihren Revers steckte eine kleine goldene Schlinge als Anstecknadel. Erhängen sei „eine der Optionen“, die Strafe zu vollstrecken, sagte der Minister, neben dem elektrischen Stuhl und „Euthanasie“.

Das Gesetz gilt ausdrücklich nicht für Israelis, die Palästinenser töten. Die rechtsextremen jüdischen Siedler und israelischen Soldaten dürfen im Westjordanland also weiterhin tödliche terroristische Attacken begehen. Seit 2020 haben sie dort mindestens 1.100 Palästinenser umgebracht – ein Viertel davon Kinder. Palästinensern, die sich dagegen wehren, droht hingegen künftig als vermeintlichen „Terroristen“ die Todesstrafe!

Eine gefährliche Spirale

Dass die Regierung Netanjahu es gerade jetzt in die Tat umsetzt, hängt auch damit zusammen, dass sie immer mehr Rückhalt in der Bevölkerung verliert. Immer mehr wünschen sich einen Ausweg aus dem schier endlosen Besatzungskrieg in Gaza und dem Westjordanland, der immer mehr Geld verschlingt und für den immer mehr jüngere Menschen eingezogen werden.

Und je mehr sie an Rückhalt verliert, desto mehr ist sie auf die Unterstützung der rechtsextremen Gruppen in der Regierung angewiesen.

Deshalb die Durchsetzung dieses rassistischen Todesstrafen-Gesetzes, das die Rechtsextremen schon lange fordern. Deshalb die Eskalation des Krieges im Süd-Libanon, dessen Besatzung und Annexion die Rechtsextremen ebenfalls schon lange verlangen.

Es ist eine Spirale der Radikalisierung und des Terrors, die vor allem die Palästinenser und die Menschen im Libanon trifft, doch die auch den Menschen in Israel nur noch mehr Unsicherheit und Krieg bringen kann.



66 Maßnahmen zur Verschlechterung unserer Krankenversorgung

66 kurzfristige Sparmaßnahmen zur „Stabilisierung der Krankenkassen“ werden derzeit in der Regierung diskutiert. Und sie sind ein einziger Generalangriff gegen die einfache Bevölkerung.

Statt die milliardenschweren Pharmakonzerne zur Kasse zu bitten, sollen wir Patienten noch mehr selber zahlen: für Medikamente, für Zahnersatz, für Hüft- und Kniegelenke, Hörgeräte, für ambulante Operationen und vieles mehr.

Statt ALLE – auch die mit 10.000 oder 50.000 Euro Monatseinkommen – zu zwingen, wie wir in die gesetzliche Krankenkasse einzuzahlen, diskutieren sie,

die kostenlose Versicherung für Ehepartner abzuschaffen. Eine Katastrophe für die Familien, die ohnehin schon mit jedem Cent rechnen müssen und dann auf einen Schlag 250-300 Euro mehr im Monat zahlen müssten.

Statt gegen die krank-machenden Arbeitsbedingungen in den Unternehmen vorzugehen, will die Regierung das Krankengeld senken: von 70 auf 65% des Lohns. Das ist so wenig, dass Viele gezwungen sein werden, sich krank zur Arbeit zu schleppen.

Statt die Krankenhäuser aus den Klauen der Hedge-Fonds und privaten Kran-

kenhauskonzerne zu befreien, die diese aussaugen, soll – noch mehr! – bei der Pflege und allem übrigen Krankenhauspersonal eingespart werden.

Und das ist erst der Anfang. Denn nach diesen kurzfristigen Sparmaßnahmen plant die Regierung, die Krankenversicherung grundlegend zu „reformieren“, sprich radikal zu verschlechtern.

Wehret den Anfängen! Nicht unsere Gesundheitsversorgung gehört unter den Hammer – sondern die Kapitalisten, die das Gesundheitswesen für ihre Milliardenprofite aussaugen und in den Ruin treiben!

Hinter dem Mondflug: Ein Wettkampf um Rohstoffe und Militärtechnik

Nach 50 Jahren sind zum ersten Mal wieder Menschen zum Mond geflogen und dabei so weit ins All vorgedrungen wie noch nie. Auf dem Mond gelandet sind die Astronauten diesmal nicht.

Die Artemis 2-Mission dient als vorbereitende Maßnahme, um irgendwann eine Station am Südpol des Mondes aufzubauen. Von dort aus könnten irgendwann vielleicht weitere Flüge in Richtung Mars erfolgen. Doch vor allem soll die Station es privaten (vor allem US-amerikanischen) Konzernen ermöglichen, auf dem Mond wertvolle Bodenschätze abzubauen.

Und schon jetzt ist Artemis 2 eine wertvolle Einnahmequelle für Elon Musk und Jeff Bezos, die mit ihren Firmen SpaceX und Blue Origin die gewinnbringendsten Teile der Weltraumtechnik liefern.

Einer der größten Träume der Menschheit ist es, ins Universum und auf andere Planeten zu fliegen und dort vielleicht sogar auf außerirdisches Leben zu stoßen und auf die Schönheit der Erde aus dem All zurückzublicken. Doch selbst dieser Traum, dessen Umsetzung die Menschheit als Ganzes weiterbringen würde, wird im Kapitalismus pervertiert.

Schon als der sowjetische Kosmonaut Juri Gagarin als erster Mensch in den

Weltraum flog, war dem ein politisches Wettrennen im Kalten Krieg vorausgegangen. 55 Jahre später findet dieses Wettrennen zwischen den USA und China statt.

Es ist ein Wettlauf

darum, wer die Ressourcen des Weltraums ausbeuten und mehr noch darum, wer ihn zur militärischen Kriegsführung nutzen kann, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Schon heute zeigen die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, wie wichtig der Weltraum für die Beobachtung von Schlachtfeldern, die militärische Kommunikation und die GPS-Steuerung von Drohnen und Raketen geworden ist.

Die NASA kann das Artemis-Programm nicht allein umsetzen. Nur die gemeinsame Arbeit Tausender Wissenschaftler, Techniker und Arbeiter in zahlreichen Ländern haben diese grandiose Leistung möglich gemacht.

So international ein Raumfahrtprogramm sein muss, so international ist das Bedürfnis der Menschheit davon zu profitieren. Schon heute könnte man die



von Satelliten gesammelten Daten nutzen, um eine weltweite Verwaltung der Ressourcen der Erde zu organisieren, um die heutige Menschheit zu ernähren.

Stattdessen werden sie den Profitinteressen der mächtigsten Kapitalisten der Welt überlassen. Wir müssen mit diesem Irrweg Schluss machen.

In einer Gesellschaft, ohne Grenzen und Ausbeutung, würde man ganz anders über den Weltraum nachdenken. Fragen, ob man zum Beispiel Astronauten zum Mars schicken sollte, werden dann Gegenstand gemeinschaftlicher Debatten sein. Und es wird sicherlich weder an Mitteln noch an Freiwilligen für solche Forschungsreisen fehlen. Aber diese Gesellschaft müssen wir erst erschaffen.

Netzgebühren mit E.ON-Aufschlag

In Essen und Mülheim ist der Strom für alle Einwohner mehrere hundert Euro teurer als in den Nachbarstädten Gladbeck, Bochum oder vielen anderen Städten des Ruhrgebiets. Während dort nämlich die öffentlichen Stadtwerke das Stromnetz betreiben, ist das Netz in Essen und Mülheim... in den Händen des E.ON-Konzerns. Und der verlangt deutlich höhere Preise.

Aber das kann man ja verstehen. Irgendwo muss ja schließlich das Geld herkommen, damit sich ein E.ON-Chef sein Jahresgehalt mal eben um 23% auf 8,75 Millionen Euro erhöhen und vor allem die Aktionäre beschenken kann.

Pflege-Heuschrecken

Am 1. April musste ganz plötzlich ein Pflegeheim der „Ambiente Care Süd GmbH“ in Niedersachsen geräumt und die Patienten in anderen Einrichtungen notuntergebracht werden. Denn in dem Heim waren nur noch drei Pflegekräfte anwesend. Ambiente Care hatte seinen Beschäftigten nämlich seit mehreren Monaten keinen Lohn mehr gezahlt, und in ihrer Verzweiflung hatten sich Viele eine andere Arbeit gesucht.

Am 7. April hat Ambiente Care dann komplett Insolvenz angemeldet. Betroffen sind acht Pflegeheime, unter anderem in Unna, Velbert und Dresden. Die Beschäftigten, die teilweise schwer kranken Patienten und ihre Angehörigen, die bereits einen wochenlangen Nervenkrieg hinter sich haben, drohen nun in wenigen Wochen auf der Straße zu stehen.

Dabei ist die Finanz-Holding, zu der „Ambiente Care Süd GmbH“ gehört, alles andere als Pleite. Sie ist einer der Investmentfonds, die ältere Pflegeheime und deren Immobilien aufkaufen, um sie auf Profit zu trimmen und weiterzuverkaufen.

Um kein Risiko einzugehen, kaufen sie die Heime nicht mit eigenem Geld, sondern auf Kredit. Wenn einzelne Heime am Ende nicht genug Profit abwerfen, können sie sie einfach schließen, ohne selber einen Cent zu verlieren. Seit 2023 wurden allein in NRW 70 Pflegeheime auf diese Weise in die Insolvenz geschickt.

Dieses Profit-System ist kriminell!



Allzeit bereit? Nein, danke!

Alle Männer zwischen 17 und 45 Jahre müssen sich Auslandsaufenthalte von mehr als drei Monaten von der Bundeswehr genehmigen lassen. Das steht im neuen Gesetz zur Wehrpflicht. Die Regierung hat versucht zu beruhigen: Sie werde solche Genehmigungen im Moment noch nicht verlangen, sondern erst, wenn der Wehrdienst (bald) verpflichtend wird. Wie sollte uns das beruhigen?

Schließlich bedeutet das neue Gesetz, dass alle Männer unter 45 Jahren der Regierung bald jederzeit zur Verfügung stehen sollen: Damit diese sie in den Krieg schicken kann, sobald sie es für richtig hält, ob im Osten, im Nahen Osten oder wo auch immer.

Ihre Genehmigungs-Pflicht stellt außerdem unmissverständlich klar, dass sich kein Mann dem entziehen können soll – ob er den Krieg richtig findet oder nicht. Sie lassen uns keinen individuellen Ausweg. Wenn wir nicht den willkürlichen Kriegs-Entscheidungen einer Regierung ausgeliefert sein wollen, die schon heute nicht unsere Interessen vertritt, können wir dies nur gemeinsam verhindern.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14€ pro Jahr!

Schwarzfahren: Einer der häufigsten Haftgründe in Deutschland

Jeder Sechste landet in Deutschland deshalb im Gefängnis, weil er... ohne Fahrschein Bus und Bahn gefahren ist.

40 Euro für eine Hin- und Rückfahrt mit der S-Bahn von Essen nach Düsseldorf – eine Strecke von nur 30 Kilometern. Oder 3,80 Euro für drei Haltestellen mit dem Bus.

Diese Preise sind das eigentliche Verbrechen!

Die Reichen schützt man

Dieses Gesetz bestraft Menschen ausschließlich deshalb, weil sie arm sind. Nun hat die SPD-Justizministerin vorsichtig vorgeschlagen, es abzuschaffen und stattdessen bei Fahren ohne Fahrschein einfach dieselben Gesetze anzuwenden, die gelten, wenn man sein Amazon-Paket oder seine Telefonrechnung nicht bezahlt.

Das hat ausgereicht, um sofort alle Unternehmerverbände und konservativen Spitzenpolitiker auf die Barrikaden zu treiben. Schwarzfahren sei „kein Kavaliersdelikt“, sondern „gemeinschaftlicher Betrug“. Ja eine solche Gesetzesänderung sei gar der Türöffner zu „Recht- und Regellosigkeit“!

Das kommt aus dem Kreis von Leuten, für die es ein Kavaliersdelikt ist... Millionen an Steuern zu hinterziehen. Bei diesen feinen Herren „vergisst“ dann auch schon mal ein Bundeskanzler, dass er mit ihnen über deren Steuer-Hinterziehung gesprochen hat. Fahnder haben so lange „keine Zeit“, die reichen Kapitalisten zu verfolgen, bis die Straftat verjährt ist.

Und wenn die Behörden in deren Firmen kommen, um die Bücher oder den Arbeitsschutz zu überprüfen, kündigen sie sich netterweise vorher an.

Doch wer seinen Fahrschein für 4 Euro nicht bezahlt, der darf auf keinen Fall davonkommen. Schließlich sind die Gesetze genau dafür da.

Mit der permanenten Androhung von Strafe und Gefängnis sollen sie dafür sorgen, dass die Arbeitenden und Ärmern all die himmelschreiend ungerechten Gesetze und das Eigentum der herrschenden kapitalistischen Klasse respektieren, die selber – mit allen legalen und illegalen Methoden – die Gemeinschaft ausplündern.